

Budapestre vonatkozó ujságcikk



Szerző:

Hely

Cím: Budapest

Idő

1912

Forrás: Danzer's Armeec-Zeitung

Személy

Wien

1912 7/30

Helyszám

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.) (Oldal)

Budapest

Die „große Schweigerin“, die Armeec, hat die plötzlich aufstommende Revolte der sozialdemokratischen Arbeiter Budapests schnell und gründlich niedergeschlagen und hat damit das rückhaltlose Lob der hauptstädtischen Presse vom „Pester Lloyd“ bis zum „Nz Eft“ geerntet.

Wir können uns aber dieses Lobes der öffentlichen Meinung Budapests nicht ehrlich freuen. Denn wir wissen nur zu genau, daß dieselben Stimmen völlig entgegengesetzt unsere Aktion beurteilen würden, wenn die aufgehehten Mengen zufällig unter einem anderen Schlagwort durch die Straßen der Stadt getobt hätten. Die Armeec tut stets ihre Pflicht, lautlos und prompt, und sie tut sie auch dann, wenn sie damit Interessen zu schützen gezwungen ist, die nicht die ihren sind.

Wir brauchen nicht zu fürchten, in den Verdacht zu kommen, mit den sozialdemokratischen Führern in Budapest zu sympathisieren. Die sozialistische Durchseuchung der Massen ist für den Staat unter allen Umständen die größte Gefahr, sie zehrt an den Wurzeln seiner Daseinsbedingungen, und wir verfechten stets die — uns keineswegs allgemein anerkannte — These, daß keine Situation die Duldung der sozialistischen Agitation oder gar eine Kooperation mit dieser Partei rechtfertigen kann.

Wir haben es daher feinerzeit auf das lebhafteste mißbilligt, daß eine österreichische Regierung geradezu die Mitwirkung der Straße provozierte, um das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich durchzusetzen. Denn die „Disziplin“ der „Arbeiterbataillone“ ist ein Märchen; allzu leicht entgleiten die Zügel den Führern und die Plünderungen und Barrikadenkämpfe vom letzten September in Wien fanden jetzt ein noch gesteigertes Gegenstück in Budapest. Die entfesselte Menge kann dann nur durch die Gewalt der Bajonette in die Schranken zurückgewiesen werden, eine Aufgabe die uns das Dienstreglement vorschreibt.

Diese Erwägungen können uns aber nicht hindern, auszusprechen, daß die vorwöchentlichen Ausschreitungen in Budapest durch die schwankende Politik in Ungarn in bedenklicher Weise gefördert wurden. Eine königlich ungarische Regierung war es,

die dem Lande eine moderne Ausgestaltung des Wahlrechtes versprach — jede Regierung seit Fejérváry und Kristoffy wiederholte dieses königliche Versprechen — und jede Regierung seit dem Falle Fejérvárys kennt kein anderes Bestreben, als die Erfüllung dieses Versprechens hinauszuzögern oder zu verfälschen. Die Frage des Wahlrechtes in Ungarn berührt uns aber sehr nahe. Denn das jetzige lächerliche Wahlrecht, das nicht einmal sechs Prozent der Bevölkerung zur Urne ruft, ermöglicht die Alleinherrschaft jener Oligarchie im Parlament, die in staatsrechtlichen Querelen den Inhalt ihrer Politik und in der Zerstörung der Gemeinsamkeit der Wehrmacht ihr höchstes Ziel erblickt. Ein auf Grund eines anständigen Wahlgesetzes zusammengesetztes Parlament muß vor allem ein ehrliches Spiegelbild der nationalen Vielgestaltigkeit Ungarns bieten, womit allein schon die ewigen staatsrechtlichen Kämpfe zum Schweigen gebracht würden. Ob ein solches Parlament dann arbeitsfähig wäre oder nicht, mag vielleicht ein Problem sein, aber von unserem Standpunkt wäre selbst ein totalaktionsunfähiges Parlament noch immer unendlich einem Haus vorzuziehen, das allein gestützt auf ein wahnsinniges veraltetes Wahlrecht gegen die Reichsidee und damit vor allem gegen die gemeinsame Wehrmacht richtet.

Die Truppen in Budapest wurden auf die Straßen gerufen, nicht um die Wahlreform zu hintertreiben oder die Politik des Grafen Tisza zu unterstützen, sondern um Ordnung zu machen und die Massen wieder zur Vernunft zu zwingen. Das politische Ergebnis dieser höchst unpolitischen militärischen Aktion aber ist ja doch selbstverständlich eine Unterstützung jener Politik, die das heutige staatsrechtliche Oligarchenregime für alle Zeiten erhalten soll.

Und das ist der zweite Grund, warum wir uns des Lobes der hauptstädtischen Presse nicht zu freuen vermögen: Nicht bloß, weil wir wissen, daß uns dieselbe Presse morgen beschimpfen wird, wenn wir bei anderer Gelegenheit die gleiche Aufgabe mit derselben Korrektheit lösen werden, sondern auch darum, weil wir damit einer Politik zu dienen gezwungen waren, die unseren heiligsten Interessen unverföhnlich feindlich gegenübersteht.